

An die  
Generalstaatsanwaltschaft Berlin  
Elßholzstrasse 30 - 33  
10781 Berlin

**Betreff:** Strafanzeige wegen Verdachts auf Totschlag durch Unterlassen (§§ 212, 13 StGB)  
sowie Verletzung verfassungsrechtlicher Schutzpflichten nach §§ 212, 13 StGB

Sehr geehrte Damen und Herren,  
hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen

**Frau Katherina Reiche**  
geboren 16. Juli 1973 in Luckenwalde  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
11019 Berlin

wegen Verdachts auf Totschlag durch Unterlassen (§§ 212, 13 StGB) sowie Verletzung  
verfassungsrechtlicher Schutzpflichten nach §§ 212, 13 StGB

## **Sachverhalt**

Die Beschuldigte betreibt in ihrer Funktion als Wirtschaftsministerin eine Politik, welche die Energiewende aktiv verzögert und den Ausbau fossiler Infrastrukturen (Gas/Öl) forciert. Dadurch unterlässt sie die gesetzlich vorgeschriebenen Lenkungsmaßnahmen zur Einhaltung der nationalen Klimaziele. Trotz vorliegender Daten des Umweltbundesamtes (UBA), die eine massive Zielverfehlung in ihren Ressortbereichen belegen, forciert sie aktiv den Ausbau fossiler Infrastrukturen und verstößt damit gegen die Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG).

## **Begründung**

### **Die Klimakrise gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft.**

Es ist inzwischen umfassend beschrieben, dass die Klimakrise ernsthafte Konsequenzen für unser Leben hat und haben wird, und dass besonders auch Deutschland hart von der Klimakrise betroffen ist und sein wird (<https://climate.copernicus.eu/esotc/2025>). Dies belegen wissenschaftliche Studien der letzten Jahrzehnte, die von Jahr zu Jahr stärkere Warnungen aussprechen. Einen guten Überblick dazu gibt Prof. Dr. Johann Rockström, Direktor des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, in einem kurzen Video: [https://www.youtube.com/watch?v=Rphpxvl\\_9T8](https://www.youtube.com/watch?v=Rphpxvl_9T8)

### **Rechtspflicht zum Handeln.**

Das Bundesverfassungsgericht hat im Klimabeschluss 2021 unmissverständlich festgestellt, dass der Staat zum Schutz der grundrechtlich gesicherten Freiheit verpflichtet ist, die Erderwärmung bei 1,5°C zu stoppen. Die Beschuldigte missachtet durch ihre Amtsführung diese verfassungsrechtliche Pflicht.

### **Garantenpflicht durch Unterlassen.**

Durch die Förderung fossiler Energien verletzt die Ministerin ihre Garantenpflicht gegenüber der Bevölkerung. Da die Folgen des Klimawandels (Hitzetote, Flutkatastrophen, und anders) sicher eintreten, ist ihr Handeln als Totschlag durch Unterlassen zu werten.

Gemäß dem Ressortprinzip (Art. 65 GG) trägt die Beschuldigte die alleinige Verantwortung für die Richtungsentscheidungen ihres Ministeriums. Ihr politischer Gestaltungsspielraum wird durch die verfassungsrechtliche Pflicht zur Abwendung existenzieller Klimaschäden (BVerfG, 2021) begrenzt. Die bewusste Entscheidung der Beschuldigten, diesen Spielraum zugunsten fossiler Interessen zu nutzen, stellt somit eine persönliche und unmittelbar zurechenbare Verletzung ihrer staatlichen Schutzpflichten dar.

### **Bedingter Vorsatz (dolus eventualis).**

Ähnlich wie ein Autofahrer bei einem illegalen Rennen das Leben Dritter für seinen Vorteil aufs Spiel setzt, nimmt die Beschuldigte das Überschreiten klimatischer Kipp-Punkte und das daraus resultierende Massensterben billigend in Kauf. Ihr Handeln ist aufgrund der eindeutigen Rechtslage (BVerfG) und der wissenschaftlichen Warnungen (IPCC 2026) als vorsätzlich einzustufen.

Auf Grund dieser Sachlage halte ich „Totschlag durch Unterlassen“ für angebrachter als „unterlassene Hilfeleistung“. Denn „unterlassene Hilfeleistung“ bezieht sich meist auf plötzliche Notfälle. Die Klimakrise ist jedoch ein schon lange andauernder Prozess den wir seit Jahrzehnten kennen.

### **Persönliche Betroffenheit**

Als Bürgerin dieses Landes und Bewohnerin einer Region, die bereits heute unter den Folgen der Klimakrise durch Hitze und Trockenheit massiv leidet, sehe ich meine verfassungsrechtlich geschützte Freiheit und meine körperliche Unversehrtheit durch das bewusste Unterlassen der Beschuldigten unmittelbar bedroht. Ebenso habe ich Angst um die Zukunft meiner Kinder und meiner zukünftigen Enkel, die in eine Welt geboren werden, die ihr Leben extrem schwierig machen wird. Das Handeln der Ministerin greift daher direkt in meine existentiellen Lebensgrundlagen ein.

## Beweismittel

### Erderwärmung und Klimatische Kipp-Punkte

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hat erst kürzlich gewarnt, dass wir uns in einer Phase der "planetaren Notlage" befinden.

- Inzwischen liegt die globale Erderwärmung bei etwa 1,5 Grad Celsius. Wir sind aktuell direkt in der Notlage, die sofortiges konsequentes Handeln dringend erfordert um massives Leid so gut wie möglich zu minimieren (<https://climate.copernicus.eu/esotc/2025>).
- Der europäische Kontinent erwärmt sich schneller als alle anderen Kontinente (<https://climate.copernicus.eu/esotc/2025>)
- PIK-Bericht: Sieben von neun planetaren Grenzen überschritten. Dieser Bericht belegt, dass die Belastungsgrenzen des Erdsystems (insb. Ozeanversauerung und Klima) im Gefahrenbereich liegen.
- Aktuelle Studien in der Fachzeitschrift *Science* bestätigen, dass das Überschreiten der 1,5-Grad-Schwelle irreversible Kipp-Punkte wie das Schmelzen des westantarktischen Eisschildes sowie das Absterben tropischer Korallenriffe auslösen kann (McKay et al., 2022, *Science* Vol. 377 unter <https://www.science.org/doi/10.1126/science.abn7950>). Das Erreichen dieser Punkte führt zu einer unkontrollierbaren Eskalation der Klimakrise, die das Leben von Millionen Menschen unmittelbar bedroht.
- Das Umweltbundesamt beschreibt die Lücke zwischen aktuellen Emissionen und den notwendigen Emissionsminderungen ([https://www.umweltbundesamt.de/system/files/document/UBA%20Emissionsdaten%202025\\_Projektionsdaten%202026\\_Hintergrundpapier\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/system/files/document/UBA%20Emissionsdaten%202025_Projektionsdaten%202026_Hintergrundpapier_0.pdf))

Wie diese und viele weitere wissenschaftliche Quellen belegen, weicht die Amtsführung der Beschuldigten massiv von den wissenschaftlichen Notwendigkeiten ab. Dies begründet den **Verdacht eines bedingten Vorsatzes hinsichtlich der Gefährdung von Menschenleben**.

### Kausalität und konkrete Gefährdung

Der Vorwurf des Totschlags stützt sich auf die konkrete Übersterblichkeit in Deutschland.

- Nach Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) führen Hitzeextreme in Deutschland regelmäßig zu einer signifikanten Übersterblichkeit. Allein für das Jahr 2025 schätzt das RKI die Zahl der hitzebedingten Sterbefälle auf etwa 2.600 Personen (siehe die RKI-Wochenberichte zur hitzebedingten Mortalität unter

[https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/Bericht\\_Hitzemortalitaet.html](https://www.rki.de/DE/Themen/Gesundheit-und-Gesellschaft/Gesundheitliche-Einflussfaktoren-A-Z/H/Hitze/Bericht_Hitzemortalitaet.html))

- Wissenschaftliche Attributionsstudien des Deutschen Wetterdienstes (DWD) sowie der World Weather Attribution (WWA) belegen, dass diese Hitze-Ereignisse ohne den anthropogenen Klimawandel in dieser Intensität statistisch nahezu ausgeschlossen wären (DWD-Studie Juli 2025). Jede zusätzliche Tonne CO<sub>2</sub>, die durch die rechtswidrige Verzögerungstaktik der Beschuldigten emittiert wird, erhöht die Wahrscheinlichkeit weiterer letaler Hitzeextreme in Deutschland unmittelbar. Dies ist kein abstraktes Risiko, sondern eine durch Attributionsforschung quantifizierbare Gefahr (WWA Report 2025).“

### **Nachweise über fossile Subventionen und politische Weichenstellungen**

Unter Ministerin Reiche wurde im Frühjahr 2026 eine deutliche Kursänderung hin zu fossilen Energieträgern eingeleitet, die als "Rückabwicklung der Wärmewende" kritisiert wird. Beispiele dafür sind:

- Reiche will das Verbot für fossile Heizungen ab 2045 kippen. Ein neuer Referentenentwurf des BMWK streicht das Betriebsverbot für Öl- und Gasheizungen und priorisiert diese sogar vor Wärmepumpen.
- Katherina Reiche will Infrastruktur für fossile Energien stärken. Die Ministerin fordert den Ausbau von Öl-Infrastruktur und Raffinerien, was Kritiker als vorsätzliche Verlängerung des fossilen Zeitalters werten.

### **Emissionsdaten vs. Klimaschutzgesetz (KSG)**

Das Umweltbundesamt (UBA) hat im März 2026 die neuen Projektionsdaten vorgelegt, die eine massive Zielverfehlung unter der aktuellen Politik belegen.

- Die Projektionsdaten 2026 zeigen, dass die Klimaziele 2045 nicht erreichbar sind. Das UBA stellt fest, dass mit den derzeitigen Instrumenten der Ministerin eine Lücke von 212 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2045 verbleibt.  
([https://www.umweltbundesamt.de/system/files/document/UBA%20Emissionsdaten%202025\\_Projektionsdaten%202026\\_Hintergrundpapier\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/system/files/document/UBA%20Emissionsdaten%202025_Projektionsdaten%202026_Hintergrundpapier_0.pdf))
- Insbesondere die Sektoren Verkehr und Gebäude (für die Beschuldigte mitverantwortlich ist) reißen die gesetzlichen Vorgaben des Klimaschutzgesetzes massiv. Die "kumulierte Zielverfehlung" steigt stetig an.

Es ist davon auszugehen, dass die Beschuldigte als Bundesministerin vollumfänglichen Zugang zu den wissenschaftlichen Daten des PIK und des UBA hat. Angesichts der Eindeutigkeit dieser Daten und der fatalen Konsequenzen bei Überschreitung der Kipp-

Punkte erscheint ein rein fahrlässiges Handeln ausgeschlossen. Vielmehr legt die konsequente Förderung fossiler Strukturen den Schluss nahe, dass hier andere Interessen als das verfassungsrechtlich gebotene Gemeinwohl das Handeln leiten, was den Vorwurf des bedingten Vorsatzes untermauert. Indem sie trotz dieses Wissens gesetzliche Klimaschutzvorgaben ignoriert und fossile Industrien schützt, nimmt sie den Tod von Menschen in Deutschland billigend in Kauf, um politische oder wirtschaftliche Teilinteressen zu bedienen.

Aufgrund der dargelegten Beweislast und der drohenden Unumkehrbarkeit der klimatischen Schäden rege ich an, die Ermittlungen unverzüglich aufzunehmen, insbesondere im Hinblick auf die Prüfung einer etwaigen Amtspflichtverletzung und der damit verbundenen strafrechtlichen Konsequenzen.

Ich stehe für weitere Informationen, vor allem auch zu wissenschaftlichen Fakten der Klimakrise, gerne zur Verfügung, sofern erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen,